

## Rede von Bezirksrat Urban Mangold (ÖDP) am 21.12.2016

– Debatte anlässlich der Verabschiedung des Haushalts 2017 des Bezirks Niederbayern

Martin Schulz hört als Präsident des Europaparlaments auf. Warum? Weil die sozialdemokratische und die konservative Fraktion es so vereinbart haben. Zur Halbzeit. Ja ist den so etwas überhaupt erlaubt? Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eine hauchdünne Mehrheit dieses Bezirkstages hat entschieden, das Selbstorganisationsrecht der Ausschussgemeinschaft ÖDP/Bayernpartei/FDP und damit die Beteiligungsrechte politischer Minderheiten auszuhebeln. Diese hauchdünne Mehrheit glaubt darüber entscheiden zu können, wie andere die Ausschüsse zu besetzen haben. Aus rein politischen Gründen wollen Sie festlegen, dass bei uns im Bezirkstag angeblich nicht geht, was in allen Gebietskörperschaften Bayerns und darüber hinaus gelebter Alltag ist - bis hinauf zum EU-Parlament.

Am 8. März wird das Verwaltungsgericht Regensburg darüber befinden, ob diese Entscheidung nach Gutsherrenart Bestand hat. Je nach Ausgang kann das den Bezirk einige tausend Euro kosten. Geld, das der Bezirkstag anderswo besser einsetzen könnte. Zum Beispiel bei der Aids-Beratung Niederbayern, die unterfinanziert ist und vor einem erheblichen Defizit steht. Oder zum Beispiel zur besseren Förderung des vorbildlichen Angebotes des Naturparks Bayerischer Wald von Kollegen Heinrich Schmidt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Entscheidung über einen Haushalt ist in politischen Gremien traditionell nicht nur ein Votum über das nackte Zahlenwerk, sondern auch eine Bewertung des politischen Geschehens. Eine Bezirkstagsmehrheit, die das Selbstorganisationsrecht unserer Ausschussgemeinschaft aushebelt, um die Macht der Mehrheit zu demonstrieren, wird meine Zustimmung nicht erhalten.

Ich bedauere auch, dass die Bezirkstagsmehrheit entschieden hat, keine Stellungnahme im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum neuen Landesentwicklungsprogramm abzugeben. Die vorgeschlagenen Änderungen zum bisher geltenden Anbindegebot werden nach meiner Ansicht zu einer Beschleunigung des Flächenverbrauchs und zur weiteren Zersiedelung der Landschaft führen. Die von der Bezirkstagsmehrheit gut geheißen Änderung kommt einer Kündigung des „Bündnisses zum Flächensparen“ gleich, das von der Staatsregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden und weiteren Trägern öffentlicher Belange im Jahre 2003 abgeschlossen wurde.

Das Anbindegebot besagte bekanntlich bislang, dass Gewerbegebiete an bestehende Siedlungen anzugliedern sind und außerhalb von Ortschaften nicht willkürlich auf der grünen Wiese ausgewiesen werden können. Diese Regelung gab es aus gutem Grund: Sie hat das landesplanerische Ziel, die lebendige Vielfalt der Landschaften und den erlebbaren Wechsel von offenen Flächen und Siedlungen zu bewahren. Dieses Ziel darf nicht aufgegeben werden. Auch der Landesverein für Heimatpflege unter dem Vorsitz von Landtagspräsident a.D. Johann Böhm hat sich aus diesem Grund gegen eine Lockerung des Anbindegebotes ausgesprochen.

Der Bezirkstag hat meinem Antrag nicht entsprochen und leider nicht die Chance ergriffen, sich als Anwalt niederbayerischer Kulturlandschaft zu Wort zu melden. Dabei fächern doch gerade die bayerischen Bezirke den Freistaat auf in Regionen mit unterschiedlichen Eigenarten und Kulturlandschaften. Die Bezirke als Pfleger regionaler Kultur täten gut daran, sich gegen die Zersiedelungspläne des sogenannten Heimatministers auszusprechen.

Überhaupt bin ich der Meinung, dass sich der Bezirkstag als Interessensvertreter der niederbayerischen Bürgerinnen und Bürger mehr am politischen Meinungswettstreit um die

besseren Ideen beteiligen sollte. Das würde vielleicht auch das Interesse der Öffentlichkeit an der Arbeit des Bezirkstags beflügeln. Perspektivisch sollten wir das auf jeden Fall bei der Weiterentwicklung der Europaregion Donau-Moldau tun, für die wir einen beträchtlichen Betrag im Haushalt eingeplant haben. Wenn es wirklich zu der angestrebten sogenannten EVTZ kommt, also zu einer grenzüberschreitenden Gebietskörperschaft mit eigenem Haushalt, wenn dieser Gebietskörperschaft Aufgaben vom Gesundheitswesen bis zur Infrastruktur zugewiesen werden können, dann ist es bei der demokratischen Legitimierung nicht damit getan, dass dort der Bezirkstagspräsident über Themen redet, die ansonsten in den Kommunalparlamenten debattiert werden. Spätestens dann braucht es eine demokratisch gewählte Kontrollinstanz für dieses neue politische Gebilde, weil nach der EU-Richtlinie für EVTZ die Entscheidungen dieser Gebietskörperschaft anstelle der kommunalen Gremien tritt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die kooperative Zusammenarbeit und für die Beantwortung meiner Anfragen.

Ich wünsche frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr.